



*„Förderung des solidarischen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Nationalität und einer demokratischen Kultur auf antifaschistischer Grundlage und auf gleicher Augenhöhe“.*

- Die satzungsgemäßen Ziele des Eisenacher Aufbruch -

### An die Mitglieder des „Bündnis gegen Rechts“ Eisenach

Liebe Antifaschist\*innen im Bündnis gegen Rechts,

mit großer Verwunderung haben wir Eure Erklärung vom 3. Oktober gelesen, die Zusammenarbeit mit der MLPD und dem Eisenacher Aufbruch, den ihr als „von der MLPD bestimmt“ ansieht, zu beenden.

Dieser sogenannte Beschluss des BgR wirft doch erhebliche Fragen auf:

1. Wie kann ein Bündnis, dessen Ziel es ist, den Faschismus zu verhindern und den Einfluss von Faschisten zu bekämpfen – demokratische Rechte und Prinzipien außer Kraft setzen? Wo bleibt die Glaubwürdigkeit, wenn man Faschisten bekämpft, die demokratische Rechte abschaffen wollen, wenn man zugleich selbst demokratische Prinzipien über Bord wirft?

Der Beschluss wurde auf einer Klausurtagung gefasst, zu der im Bündnis intern eingeladen wurde. Die Einladung und Tagesordnung enthielten keinerlei Hinweis darauf, dass diese Frage beraten und beschlossen werden soll. Die Bündnisöffentlichkeit (es gibt schließlich einen breiten Verteiler) wurde nicht darüber informiert, dass bei der Klausurtagung über einen solchen Ausschluss beraten wird. Das nimmt jedem, der sich dazu äußern wollte, die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. So ein Vorgehen kann man eigentlich nur als Putsch bezeichnen.

Betroffen vom Ausschluss sind nicht nur Gründungsmitglieder des Bündnisses gegen Rechtsextremismus, sondern Menschen die sich seit 2005 dafür einsetzen, nicht nur auf Aktionen der NPD zu reagieren, sondern gerade mit einem **festen** Bündnis eine **systematische** antifaschistische Aufklärungsarbeit in Eisenach zu leisten. Es geht um Eisenacher\*innen, die seit Jahren eine feste Stütze der Arbeit des Bündnisses sind und alle Aktivitäten mit großem Einsatz praktisch und auch finanziell unterstützt haben.

Ihr schreibt: „Grundlage der Arbeit im Bündnis gegen Rechtsextremismus ist für uns die Fähigkeit aller Akteure, auf Basis des Selbstverständnisses des Bündnisses in einem Minimalkonsens partei- und organisationsübergreifend zusammenzuarbeiten.“

2. Wo und wann soll der Eisenacher Aufbruch (EA) gegen dieses Selbstverständnis des Bündnisses verstoßen haben?

Laut eigener Homepage des BgR bestehen die Ziele des Bündnisses gegen Rechtsextremismus darin: die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts zu verhindern, die Eisenacher\*innen auf Gefahren, die von rechtsextremen Gruppen ausgehen, aufmerksam zu machen, rechtsextremen Gruppen und Neonazis Widerstand entgegen zu setzen, möglichst viele Bürger\*innen für Aktionen gegen Rechtsextreme zu gewinnen und Propagandamethoden zu entlarven.

Genau dafür setzten sich Mitglieder des „Eisenacher Aufbruch“ seit 2005 im Bündnis ein. Wir haben an allen bisherigen Aktivitäten des Bündnisses aktiv teilgenommen, haben diese in der Vorbereitung organisatorisch und praktisch unterstützt. Mitglieder und Freunde des EA haben Kuchen gebacken, Stände auf Festen und Kundgebungen organisiert, mit Kindern und Jugendlichen ein Großtransparent erstellt, Verantwortung für Kundgebungen und Demonstrationen bei Sternmärschen übernommen und nicht zuletzt nicht wenige Menschen für diese Aktivitäten mobilisiert.

Es ist ein Zeichen von Demokratie, dass bisher alle Parteien und Organisationen außer den Faschisten im Bündnis vertreten waren. Dass von CDU bis MLPD ansonsten durchaus konträre Ansichten und Meinungen vertreten werden, hat die Einheit in der Frage der antifaschistischen Arbeit bisher nicht beeinträchtigen können. Es war immer ein Zeichen der Breite und Vielfalt, dass alle das sehen konnten, weil Symbole von Parteien und Organisationen offen gezeigt wurden. Würde man diese verstecken und nicht klar sagen, wo man steht, wäre das nicht nur eine Vereinnahmung jeder Bewegung. Es wäre auch eine Schwächung des Bündnisses in der öffentlichen Wahrnehmung, denn hinter dem Bündnis stehen eben nicht nur Einzelpersonen, sondern viele Organisationen. Das

muss erkennbar sein. Der gemeinsame Konsens lag dabei in der antifaschistischen Aufklärungsarbeit und im antifaschistischen Widerstand, in der Verteidigung demokratischer Rechte. Der Eisenacher Aufbruch stand hier an vorderster Front.

3. Wollt Ihr mit dem Ausschluss des Eisenacher Aufbruchs wirklich den Faschisten den Gefallen tun, die antifaschistische Einheit zu spalten und zu schwächen? Den Faschisten, die uns die Fensterscheiben mit der Losung „lieber tot als rot“ beschmierten und Pflastersteine in den Läden warfen? Habt Ihr vergessen, dass die Weimarer Republik lehrte, dass der Faschismus nur im ganzen breiten Bündnis von Religion bis Revolution zu verhindern ist?

Der Eisenacher Aufbruch hat seine Solidarität mit jeder Partei von CDU bis Linke und allen Personen erklärt, die von Faschisten angegriffen wurden. Wenn das Bündnis gegen Rechtsextremismus bei der Ausgrenzung demokratischer Parteien und Organisationen bleibt, dann würde das die Faschisten und die AfD stärken. Es nimmt den Eisenacher Bürger\*innen eine starke Kraft, breite Mehrheiten gegen die faschistische Ideologie und Politik zu organisieren.

Man braucht sich doch nur die Politik von NPD, AfD und weiteren rechten Organisationen anzuschauen. Diffamiert werde Flüchtlinge, Migranten, Juden, Angehörige des Islam vor allem aber linke Kräfte. Zugleich zielt deren Programm auf die weitgehende Abschaffung demokratischer Rechte. Vor 100 Jahren - 1919 wurde neben vielen anderen demokratischen Rechten auch das Koalitionsrecht (Recht auf Organisation in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden) eingeführt. Dieses Recht wurde vom Hitler-Faschismus sofort abgeschafft.

Was der Beschluss nicht klar sagt, ist: es geht doch um ein Verbot von Parteifahnen und Flugblättern, die einzelnen Vertretern des Bündnis **nicht genehm sind**.

4. Will sich das Bündnis gegen Rechtsextremismus ausgerechnet im antifaschistischen Kampf, selbst kastrieren? Selbst das Koalitionsrecht mit einem Verbot, Symbole zu zeigen, einschränken? Will es bei seinen Aktionen selbst die demokratischen Rechte einschränken? Der Beschluss zum Ausschluss bezieht sich dabei auf angeblich „gemeinsame“ Beschlüsse. Aber die gibt es nicht. Wir haben niemals zugestimmt, bei Aktionen keine Fahnen zu tragen. Niemals kann ein solches Verbot Konsens einer antifaschistischen Aktionseinheit sein!

Es ist doch offensichtlich, dass nach vielen Jahren der guten Zusammenarbeit **von Euch der Konsens aufgekündigt wird**, dass alle beteiligten Kräfte ihre eigenständige Position vertreten können. Und dieser Kurswechsel richtet sich ausschließlich gegen kapitalismuskritische Kräfte – die Motivation ist sehr durchsichtig antikommunistisch. Es gibt glücklicherweise keine Versuche, Angehörigen christlicher Religionen etwa das Zeigen von Kreuzen zu verbieten.

Eure Behauptung, der Eisenacher Aufbruch sei „von der MLPD bestimmt“, ist eine Verleumdung, gegen die wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Das Wahlbündnis „Eisenacher Aufbruch“ ist ein überparteilicher demokratischer Zusammenschluss von Bürgern in Eisenach. Mitglieder oder Wähler aller Parteien, außer Faschisten, können hier aktiv werden. Daher können auch Mitglieder der MLPD bei uns mitarbeiten, wie auch Anhänger anderer Parteien und Parteilose. Diese **überparteiliche Haltung** galt bisher auch im Bündnis gegen Rechtsextremismus, mit dem Beschluss wird dagegen verstoßen.

5. Wann soll es die von Euch behaupteten „gemeinsamen Gespräche“ gegeben haben? Wie kann die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts eine gröbliche Störung sein?

Was es statt Gesprächen gab - war in den letzten beiden Jahren eine undemokratisches Abdrängen und Diffamierung von Teilnehmern bis hin zu körperlichen Übergriffen bei antifaschistischen Aktionen gerade durch Vertreter des antifaschistischen-antirassistischen Ratschlags Thüringen.

Dieser Beschluss wurde ausgerechnet auf der Klausurtagung unter Leitung von MOBIT gefasst. Dabei widerspricht der Beschluss doch eindeutig der sehr guten Publikation von MOBIT zum Versammlungsrecht. Dort wird ausgeführt, dass Teilnehmer von Kundgebungen nur bei gröblicher Störung von der Polizei ausgeschlossen werden dürfen. Diese gab es niemals – im Gegenteil!

Wir fordern das Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach auf, noch einmal darüber zu beraten, für welche politischen Werte es einsteht! Wer eine konsequente antifaschistische Arbeit machen will, ist mit dieser Spalterpolitik auf dem Holzweg und fördert antidemokratisches Denken, hilft damit den Faschisten. Wir fordern Euch auf: Nehmt diesen undemokratisch gefassten und in seinem Gehalt undemokratischen Beschluss zurück.

**Der Vorstand des Eisenacher Aufbruchs und weitere Mitglieder**

Hanna Hofmann, Vorstandssprecherin des Eisenacher Aufbruchs